

reedert.online

Neuer EU-Geheimdienst unter der Leitung von Ursula von der Leyen

RTDE

5–6 Minuten

11 Nov. 2025 12:15 Uhr

Die EU-Kommission richtet innerhalb des EU-Generalsekretariats eine neue Geheimdienstbehörde ein. Unter der Leitung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen soll sie die von den nationalen Geheimdiensten gesammelten Informationen zusammenführen und deren Nutzung optimieren.

Wie die *Financial Times* am Montag unter Berufung auf vier informierte Quellen [berichtete](#), sollen für den übergeordneten Geheimdienst Beamte aus der gesamten EU eingestellt werden. Begründet werde die Notwendigkeit zur Errichtung einer EU-Geheimbehörde unter anderem mit der "vollständigen Invasion Russlands in die Ukraine". In der *Financial Times* heißt es dazu:

"Die vollständige Invasion Russlands in der Ukraine und die Warnungen von US-Präsident Donald Trump, die amerikanische Sicherheitsunterstützung für Europa zu reduzieren, haben die EU dazu veranlasst, ihre eigenen Sicherheitskapazitäten zu überdenken und die größte Aufrüstung seit dem Kalten Krieg zu beginnen."



Einer der anonymen Informanten habe gegenüber der *FT* erklärt, dass man einen besseren Weg gesucht habe, um das viele Wissen der einzelnen EU-Geheimdienste zusammenzuführen und für die Partner der Europäischen Union nützlicher zu sein.

Allerdings würden nicht alle EU-Beamten die neue Behörde befürworten. Hochrangige Beamten des diplomatischen Dienstes, welche bisher das Intelligence and Situation Centre (Intcen) der Union beaufsichtigt haben, lehnten die Einrichtung aus Sorge um die Zukunft ihrer Einrichtung ab. Offiziell sei der Plan noch nicht allen 27 EU-Mitgliedstaaten mitgeteilt worden.

Ein Sprecher der EU-Kommission habe gegenüber der *FT* erklärt, dass "geprüft wird, wie die Sicherheits- und Nachrichtendienstkapazitäten gestärkt werden können. Im Rahmen dieses Ansatzes wird die Einrichtung einer speziellen Zelle innerhalb des [Generalsekretariats] in Betracht gezogen ... Das Konzept wird derzeit entwickelt und es finden Gespräche statt. Ein konkreter Zeitplan wurde noch nicht festgelegt."

Zwischen den EU-Mitgliedsstaaten sei der Austausch von Geheimdienstinformationen ein heikles Thema. So seien Staaten mit umfangreichen Spionagekapazitäten, wie zum Beispiel Frankreich, zurückhaltend hinsichtlich der Informationsweitergabe ihrer nationalen

Dienste. Schließlich sei die EU-Geheimdienstkooperation auch durch prorussische Regierungen innerhalb der Union erschwert worden. Die *FT* nannte in diesem Zusammenhang Ungarn als Beispiel.



Mit der EU-Geheimdienstbehörde soll auch die Abhängigkeit von US-amerikanischen Informationen reduziert werden. US-Präsident Trump habe bereits angedeutet, dass die Vereinigten Staaten ihre Unterstützung für Europa reduzieren könnten.

Zuletzt hatte Ursula von der Leyen entschieden, dieses spezielle "Sicherheitskolleg" für ihre Kommissare einzurichten. Die von ihr eingerichtete Behörde solle sie als EU-Präsidentin über Sicherheits- und Geheimdienstfragen informieren.

Eine erste Struktur für den Austausch von Geheimdienstinformationen innerhalb der EU wurde nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA aufgebaut. In dieser Kooperation führen die Geheimdienste Frankreichs, Deutschlands, Italiens, der Niederlande, Spaniens, Schwedens und des Vereinigten Königreichs vertrauliche Sicherheitsbewertungen zusammen. Diese Struktur wurde anschließend auf weitere Mitgliedstaaten ausgeweitet und 2011 dem diplomatischen Dienst der EU unterstellt.

Mehr zum Thema - [Russischer Auslandsgeheimdienst: Macron träumt](#)

von militärischer Intervention in die Ukraine

Durch die Sperrung von RT zielt die EU darauf ab, eine kritische, nicht prowestliche Informationsquelle zum Schweigen zu bringen. Und dies nicht nur hinsichtlich des Ukraine-Kriegs. Der Zugang zu unserer Website wurde erschwert, mehrere Soziale Medien haben unsere Accounts blockiert. Es liegt nun an uns allen, ob in Deutschland und der EU auch weiterhin ein Journalismus jenseits der Mainstream-Narrative betrieben werden kann. Wenn Euch unsere Artikel gefallen, teilt sie gern überall, wo Ihr aktiv seid. Das ist möglich, denn die EU hat weder unsere Arbeit noch das Lesen und Teilen unserer Artikel verboten. Anmerkung: Allerdings hat Österreich mit der Änderung des "Audiovisuellen Mediendienst-Gesetzes" am 13. April diesbezüglich eine Änderung eingeführt, die möglicherweise auch Privatpersonen betrifft. Deswegen bitten wir Euch bis zur Klärung des Sachverhalts, in Österreich unsere Beiträge vorerst nicht in den Sozialen Medien zu teilen.